

Innenpolitik

Nr. /2010 12. März 2010

## **Werner Kalinka und Gerrit Koch: CDU und FDP fordern Programm gegen Jugendkriminalität**

Mit einem gemeinsamen Antrag (Drs. 17/389) fordern die Fraktionen von CDU und FDP im Schleswig-Holsteinischen Landtag ein Programm gegen Jugendkriminalität. Sie sprechen sich für die Schaffung einer Jugend-Task-Force zur Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeit, Schule, Polizei und Justiz aus:

„Die Jugendkriminalität nimmt nicht ab, sie steigt. Sie wird bereits an Orten und in Stadtteilen, in denen sie besonders hervortritt, zum Teil von den Bürgern als erschreckend bis bedrohlich empfunden. Auch in Schleswig-Holstein ist diese Entwicklung erkennbar“, sagte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Werner Kalinka. Man könne der Jugendkriminalität nur Herr werden, wenn diese als Querschnittsaufgabe wahrgenommen werde.

Dazu der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Gerrit Koch: "Der bedrohliche Anstieg der Jugendkriminalität und insbesondere der zunehmenden Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen ist alarmierend. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeit, Schule und Polizei ist

**Pressesprecher**  
**Dirk Hundertmark**  
Landeshaus, 24105 Kiel  
Telefon 0431-988-1440  
Telefax 0431-988-1444  
E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)  
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

**Pressesprecher**  
**Frank Zabel**  
Postfach 7121, 24171 Kiel  
Telefon 0431-988-1488  
Telefax 0431-988-1497  
E-mail: [presse@fdp-sh.de](mailto:presse@fdp-sh.de)  
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

ein sehr guter Ansatz, um dagegen vorzugehen."

Die beiden Innenpolitiker betonten, die Zahl der jugendlichen Intensivtäter werde nach amtlichen Statistiken in Schleswig-Holstein auf rund 1000 beziffert. Als jugendlicher Intensivtäter gilt dabei, wer jünger als 21 Jahre alt ist und eine besondere kriminelle Energie oder Gewaltbereitschaft gezeigt hat, etwa weil sie oder er innerhalb eines Kalenderjahres fünf oder mehr Delikte insgesamt oder zwei oder mehr Gewaltdelikte begangen hat.

„Der Staat kann Rechtsverletzungen nicht dulden – auch die junger Menschen nicht. Er ist für den Schutz seiner Bürger zuständig und muss die geeigneten Schritte und Maßnahmen unternehmen, um die Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten“, forderte Werner Kalinka.

Darüber hinaus sei die Vernetzung aller mit Jugendkriminalität betrauten Bereiche auch ein wichtiger Baustein der Prävention: "Die Einrichtung einer Jugend-Taskforce ist Bestandteil unserer Präventions- und Jugendschutzpläne, die wir bereits im Koalitionsvertrag miteinander vereinbart haben", sagte Gerrit Koch abschließend.